

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 4/39. Jahrgang

April 2008

Schutzgebühr: 0.30 E

## Traum oder Albtraum?

Das neue Rathaus geht seiner Fertigstellung entgegen. Im Gedenken: Elefantenklo - wie könnte das Kultur-Rat-Haus heißen? Euro-Grab? Thomas-Rausch-Gedenkstätte? Gießen-Klotz? Nennen Sie uns Ihren Vorschlag, wir leiten ihn gerne weiter und prämiieren den originellsten.



## Runter mit den Wasserpreisen

Für einen Kubikmeter Wasser müssen wir in Gießen 3,84 E bezahlen (2,05 für Frischwasser und 1,79 E für Abwasser). Bundes- und hessenweit gehört Gießen mit diesen Preisen zur Spitzengruppe.

Die Mittelhessischen Abwasser-Betriebe (MAB) haben im vergangenen Jahr 1,6 Mio. e Gewinn erwirtschaftet; damit könnten die Preise gesenkt und die Verbraucher entlastet werden. Statt dessen fließen 1,3 Mio. in die Rückla-

ge, wo bereits 60 Mio. gehortet sind, und 300.000 E an die Stadt als Eigentümerin. Dies hatte Michael Janitzki (Linke) auf der Februar-Sitzung des Stadtparlaments kritisiert und eine Preissenkung verlangt. Auch Vertreter der anderen Oppositionsparteien sowie der Mieterverein in Gießen fordern eine Gebührensenkung – nicht nur für Abwasser, sondern auch für Frischwasser. Noch im Mai 2007, so der Mieterverein in einer Pressemit-

teilung, habe der hessische Wirtschaftsminister Rhiel gegen acht hessische kommunale Wasserversorger, darunter Gießen, ein kartellrechtliches Verfahren wegen überhöhter Preise in mißbräuchlicher Ausnutzung einer marktbeherrschenden Position eingeleitet. Das ficht die Verantwortlichen in Gießen aber nicht an.

Der städtische Haushalt wird nicht

(Fortsetzung Seite 3)

## Inhalt:

Linke/Panorama+Geheimdienst	S.2
Skandalurteil/Studiengebühren	S.3
Arbeit in Europa/Streik/Lucifero	S.4
Ali/Renten/Vertriebene	S.5
Schmuddelkinder/Gefangene/Leserbr.	S.6
Tibet/Buchempfehlung	S.7
1. Mai u.a. Termine/Postklau	S.8

– trotz widrigem Wetter – etwa 2000 Menschen teilnahmen.

## Friedensbotschafter in Gießen



Vier Friedensbotschafter (oben) zogen am 22. März zum Auftakt der Osteraktionen durch Gießen mit den Forderung: „Truppen raus aus Afgha-

nistan“, „dem Frieden eine Chance geben“, „zivile Aufbauhilfe verzehnfachen“, „einen Ausweg aus der militärischen Sackgasse“. Etwa 50 Friedensaktivisten begleiteten sie durch die Innenstadt mit Transparent und Flugblättern, die über die Lage in Afghanistan informier-

ten. Am Ostermontag fand der traditionelle Ostermarsch in Frankfurt mit Abschlußkundgebung auf dem Römer statt, an der



Nach der "Demaskierung"

**Für Frieden und Sozialismus! DKP**

## Quo vadis Linke?

Daß Wahlversprechen gebrochen werden, ist nicht bemerkenswert. Man denke an Adenauer: „Was schert mich mein Geschwätz von gestern“, an Münte: „Daß wir oft an Wahlkampf-aussagen gemessen werden, ist nicht gerecht“, an die friedensbewegten Grünen, die zu Kriegshetzern mutierten oder an die FDP, die seit den 70er Jahren als „Umfaller-Partei“ gilt. Die Linkspartei die Linke ist inzwischen drittstärkste Partei.

Auch sie hat mit ihrer Regierungs-beteiligung in Ländern und Kommunen Glaubwürdigkeit eingebüßt mit dem Verkauf von Wohnungen (offiziell: „Privatisierung ist Diebstahl öffentlichen Eigentums“), der Umsetzung der 1-Euro-Jobs (offiziell: „Hartz-IV ist Armut per Gesetz“), mit Sozial- und Stellenabbau, Lohnkürzungen u.a.m. In der SPD gibt es – wie in den anderen Parteien auch - geteilte Ansichten über den Umgang mit ihr. Soll man sie „mit ins Boot nehmen“, „um sie zu entzaubern“, wie es in Berlin gelungen ist, so Höppner und Wowe-reit. Dann könnten die Umfragewerte der SPD noch tiefer sinken. Oder soll man die „SED-Nachfolge-Partei“ weiter ausgrenzen?

In der Linkspartei selbst sind die An-sichten geteilt. Es gibt die klare Ab-kehrung von Regierungsbeteiligung und Tolerierung, wie sie z.B. von Wolf-gang Gehrcke und dem geschäftigen Spitzenkandidaten Pit Metz vertreten wird. Und es gibt die Linie, Kompro-



missie einzugehen mit dem Ziel, 2014 in die Bundesregierung einzusteigen. Entscheidend wird sein, wie weit die Linke sich den „Sachzwängen“ an-paßt, um letztlich zur Partei des „klei-neren Übels“ zu werden, die „Schlim-meres zu verhüten“ will. Und wie weit sie sich von jenen Kräften distanziert und abgrenzt, die für eine grundsätz-liche Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse stehen. Ohne



die werden Sozialabbau und Kriege nicht gestoppt werden können. Mit seinem Machtwort: „Mit uns wird es keine Verstaatlichung der Produk-tionsmittel geben“, hat Gysi Weichen gestellt.

### Und in Hessen?

Nach Ypsilantis Pirouetten bleibt Koch im Amt und die Hoffnung daß auf-grund der Mehrheitsverhältnisse eini-ge Verbesserungen wie die Rücknah-me der Studiengebühren durchge-setzt werden können.

Nun zum Gewissen von Frau Dagmar Metzger, die im Aufsichtsrat des süd-hessischen Energieversorgers HSE sitzt, ein Posten mit viel Geld für wenig Arbeit. Die HSE gehört zu 40% der Thüga, eine 81%ige Tochter von E.ON (Clement läßt grüßen), die – im Gegensatz zu Ypsilantis Wahlpro-gramm - auf Atomenergie setzt. Also weniger Gewissen, denn auch hier die alte Erfahrung: Wes Brot ich eß', des Lied ich sing.

Erika Beltz

## Panorama und der Geheimdienst

Christel Wegner (DKP) ist Mitglied des niedersächsischen Landtages, eigentlich nichts weltbewegendes. Wäre nicht die Befürchtung der Herrschenden und Mächtigen, dass die Quelle ihres Reich-tums und ihrer Macht hinterfragt wür-den. Gegen die Person Christel Wegner wurde eine strategisch geplante Kampa-gne entwickelt, die der gesamten linken Bewegung galt und gilt und ihr schaden soll. Es geht nicht ausschließlich um die Partei die Linke (PDL) und die DKP.

Wie üblich wurde mit Fälschungen und Verdrehungen gearbeitet. Panorama mit Unterstützung des Verfassungsschutzes stellte die Behauptung auf, „Frau Weg-ner will die Stasi zurück haben“. Sofort sprangen die im antikommunistischen Geist Zurückgebliebenen auf den Zug.

Leider fielen auch Linke nicht nur aus der PDL darauf herein. Ohne nachzufragen, ohne Misstrauen gegenüber Panorama, nahmen sie Stellung gegen die Genossin Wegner. Die Fraktion der PDL im Land-tag von Niedersachsen kannte keine an-sonsten unter Linken übliche Solidarität, glaubte unbesehen den Fälschern und warf Christel Wegner aus der Fraktion. Sie wird nun, so wie sie sich verpflichtet hat, unter erschwerten Bedingungen dazu beitragen, das Wahlprogramm der PDL umzusetzen.

Im Programm der DKP ist die Überwin-dung des kapitalistischen Systems als Aufgabe festgeschrieben. Dort steht nichts von Geheimdiensten. Wie alle humanistischen und fortschrittlichen Er-rungenschaften wird natürlich auch eine

sozialistische Gesellschaft geschützt werden müssen. Wie das geschieht, wird die Zukunft weisen.

Nichts anderes hat unsere Genossin Wegner gesagt und gemeint.

Folgende Personen waren oder sind bei Panorama eingesetzt:

1. Joachim Wagner, vor 10 Jahren Leiter der Redaktion bei Panorama, Kontakt-mann für den BND

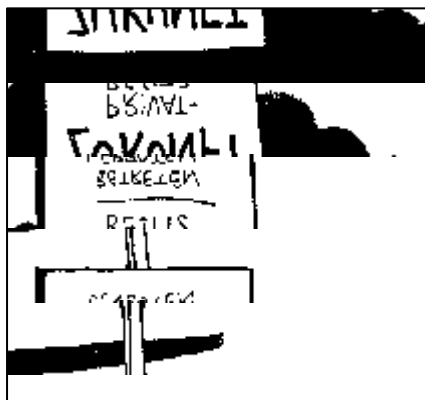
2. Christian Lochte, ehemals Chef des Hamburger „Verfassungsschutz“, Kon-taktmann von Wagner

3. Heino Vahldieck, Leiter des Ham-burger „Verfassungsschutzes“, darf im ge-nannten Zusammenhang über die DKP plaudern

Diese drei sind öffentlich bekannt. Wei-tere Agenten werden im Interesse der Staatssicherheit nicht genannt.

Michael Beltz





(Fortsetzung von Seite 1)  
**Wasserpreise**

nur über die Abwassergebühren, sondern auch aus Gewinnen der Wohnbau und der Stadtwerke finanziert - mit fast 1 Million E jährlich.

Diese Praxis kommunalpolitischer Perversion wird schon länger betrieben. Statt daß die Städte finanziell so ausgestattet werden, daß sie ihren Aufgaben gerecht werden können, müssen Wohnbaummieter, Strom- und Wasserverbraucher über die Preise Finanzspritzen an den städtischen Haushalt geben.

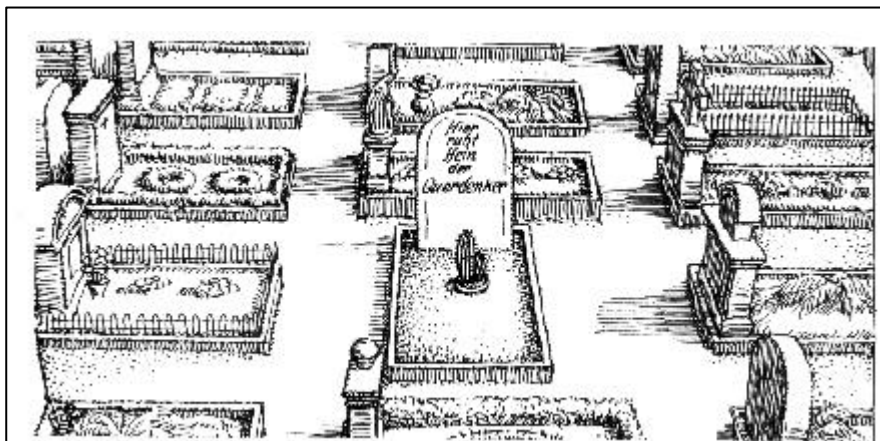
Aufgrund der jahrzehntelangen Haushaltspolitik der Bundesregierung sind die Städte hoch verschuldet; ein großer Teil geht für Zinsen und Tilgung drauf, kommunalpolitischer Haushaltsspielraum besteht kaum. Es ist eine alte Forderung der DKP, den Gemeinden, die zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen tätigen, mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Und zwar so viel, wie sie brauchen, um die Menschen mit einer funktionierenden Infrastruktur, mit ausreichenden öffentlichen und sozialen Einrichtungen zu versorgen – und zwar zu günstigen Preisen. Denn dafür zahlen wir Steuern und nicht zur Finanzierung von Kriegen und Monopolprofiten. M.B.



## Skandalurteil nimmt Hungertod in Kauf

Es ist noch kein Jahr her, daß ein Hartz-IV-Empfänger verhungerte, weil ihm das Arbeitslosengeld 2 komplett gestrichen wurde. Jetzt ereignete sich ein neuer Skandal in Straubing.

Eine 47-jährige Arbeitslose, der man das Arbeitslosengeld für drei Monate gesperrt hatte, kauft in einem Kaufhaus eine Packung Nudel und ein Glas Würstchen, weil sie Hunger hatte. Sie wurde erwischt, weigerte sich, der Detektivin ihre Handtasche zu überlassen (was ihr gutes Recht ist) und es kam zu einer Rangelie. Jetzt stand sie vor Gericht. Wegen „räuberischen Diebstahls“ von Nahrungsmitteln im Wert von 3 Euro wurde sie zu 6 Monaten Gefängnis mit 3 Jahren Bewährung und zusätzlich 100 Sozialstunden Zwangsarbeit verurteilt. Für eine derart gnadenlose Hartherzigkeit fehlen die Worte. Aber das ist Programm: Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit 58% mehr Sanktionen verhängt als im Vorjahr; der Anteil von Hartz-IV-Empfänger, die Kürzungen hinnehmen mußten, stieg von 1,9 auf 2,7%.



Auch mit der Bestattungskultur beschäftigte man sich im Stadtparlament...

## Studiengebühren abschaffen

SPD und Grüne wollen bei der konstituierenden Sitzung des hessischen Landtags am 5. April einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Studiengebühren einbringen, die erste Lesung könnte am 9. April stattfinden. Da auch die Linkspartei zustimmen wird, scheint damit eines der umstrittenen Machwerke von Roland Koch vom Tisch, gegen das im vergangenen Jahr eine Verfassungsklage – mit mehr als 60.000 Unterschriften – eingereicht wurde.

Studiengebühren sind nicht nur unsozial, weil sie die Reichen privilegieren, sondern verstoßen auch gegen die Hessische Verfassung, in der es heißt „Der Unterricht an allen... Universitäten ist unentgeltlich“. Zwar läßt die Verfassung Ausnahmefälle zu, „wenn die wirtschaftliche Lage (des Betroffenen) es gestattet“; Koch hat aber umgekehrt verfügt, er macht die Studiengebühren zur Regel und befreit in Ausnahmefällen. Eine Folge davon ist der Rückgang der Studienanfänger, der an der Fachhochschule in Gießen

fast 50% betrug. Die BRD ist europaweit ohnehin Schlußlicht; die Zahl der Studienanfänger ist (prozentual) nur halb so hoch wie in anderen Ländern. Die Gebühren hätten doch so viele Verbesserungen erreicht, jammern jetzt die zuständigen CDU-Minister, es gebe kleinere Lerngruppen, Bibliotheken und Beratungsstellen könnten länger geöffnet sein. Das ist alles gut und schön, aber auch ohne Studiengebühren zu haben. Es ist einfach unredlich und Volksverdummung, wenn den Menschen das Geld aus der Tasche gezogen wird „für einen guten Zweck“ nach dem Motto: „Sind Sie bereit mehr Steuern zu bezahlen, wenn dieses Geld ausschließlich Kranken und Behinderten zugute kommt.“ Wer mag da schon nein sagen? Solche Demagogien müssen entlarvt werden. Die zig Milliarden, die für mörderische Kriege und Steuergeschenke an das Großkapital verpulvert werden, beweisen: es ist genug Geld da sowohl für Bildung als auch für Soziales. Wenn man denn will. N.C.

## Streik im öffentlichen Dienst ?

Im öffentlichen Dienst steht nach dem unannehmbaren Schlichtungsergebnis Streik bevor. Lohnerhöhungen unterhalb der Inflationsrate und noch länger arbeiten, das ist eine Zumutung! Den Kolleginnen und Kollegen gilt unsere Solidarität. Arbeitszeitverlängerung vernichtet Arbeitsplätze; kräftige Lohnerhöhungen sind nicht nur nötig, sie steigern auch die Massenkauflkraft. Ein erfolgreicher Arbeitskampf ist daher nicht nur im Interesse der Streikenden. Sollte bei den Nachverhandlungen (nach Red.-Schluß) noch ein Ergebnis ausgemauschelt worden sein, wurden Kampfbereitschaft und -kraft der Beschäftigten nicht berücksichtigt.



## Angelo Lucifero bleibt bei verdi

Ab dem 1. Februar 2010 wird Angelo Lucifero wieder als politischer Sekretär bei verdi (allerdings nicht im bisherigen Landesbezirk) arbeiten. In der Zwischenzeit wird er – mit einem Jahr Freistellung – bei einer Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Initiativen tätig sein. Angelo, früher DGB-Jugendsekretär in Gießen, war wegen seiner mit Gewerkschaftsgeldern betriebenen politischen, vor allem antifaschistischen Tätigkeit durch verdi vom Dienst suspendiert und eine fristlose Kündigung vorbereitet worden. (siehe Januar-Echo). Es waren offenbar die unzähligen Protestbriefe und -resolutionen, die den verdi-Bundesvorstand zum Einlenken veranlaßten. Angelo will weiter bei verdi arbeiten und hat deshalb die Vereinbarung unterzeichnet.

# Arbeit in Europa Teilzeit, Armutslöhne, Zeitverträge...

Nachdem die EU-Kommission verkündet hat, daß rund 6,5 Millionen neuer Arbeitsplätze in der EU entstanden sind, ist es notwendig, mal einen Blick auf die Qualität dieser Arbeit zu werfen.

In zeitlich befristeten Arbeitsplätzen befinden sich mehr als 10 Millionen abhängig Beschäftigte. Viele neue Stellen sind Teilzeitarbeitsplätze, ungefähr ein Fünftel aller abhängig Beschäftigten ist davon betroffen, oft ohne dies zu wollen, nur weil sie keinen Vollerwerbsarbeitsplatz bekommen haben.

Armutslöhne erhalten rund 31 Millionen Arbeiter und Angestellte, und rund 17 Millionen innerhalb der EU leben unterhalb der Armutsgrenze. Ihnen wird ständig erzählt, sie müssen flexibler werden,

um in den Genuß der Segnungen der Globalisierung zu kommen. Flexibel werden jedoch die Beschäftigungsverhältnisse. Der sichere, dauerhafte und tariflich bezahlte Arbeitsplatz wird ersetzt durch Zeitarbeit, Teilzeitarbeit und Zeitverträgen, die allesamt unter Tarif vergütet werden. Sie sind nicht geeignet auch nur mittelfristige Lebensplanungen entwickeln zu können. Wir Kommunisten fordern Arbeits-

plätze, mit denen es den Menschen möglich ist, zu leben, zu lieben, zu feiern, zu lernen, und dies in sozialer Sicherheit und unter Bedingungen der Teilhabe an gesellschaftlichem Leben, und nicht am sozialen Rand der Gesellschaft.

## Schlimmer noch als in der EU ist es in Deutschland!

Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten ist 2007

um 25% angestiegen. Bei 2/3 von ihnen ist die Haupteinnahme ihr Lohn, nur bei etwa 1/3 ist es das Einkommen des Partners. 84% aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen!

Ebenfalls stark angestiegen – auf 6,6 Millionen Menschen im 3. Quartal 2007 – sind die sog. 400-Euro-Jobs ohne soziale Absicherung. Dies bedeutet einen Ausfall für die Sozialversicherung in geschätzter Höhe von 4 Milliarden Euro.

Ebenfalls angestiegen ist die Zahl der Beschäftigten mit Zeitverträgen auf derzeit rund 750 000. Über 8% aller abhängig Beschäftigten sind mittlerweile nur befristet beschäftigt, die meisten in großen Betrieben, oft weit unterhalb der geltenden Tarifverträge bezahlt.

Gleichzeitig sinkt dort die Zahl der regulären Arbeitsverhältnisse. Es ist ein Märchen, daß über Zeitverträge in reguläre Arbeit gewechselt wird: nur rund 15% werden tatsächlich in reguläre Arbeitsverhältnisse übernommen.

Im Bereich der 1-Euro-Jobber gab es 2007 rund 350 000 Stellen. Da diese in der Regel auf ein halbes Jahr befristet sind, waren im Jahr 2007 mehr als 700 000 Menschen in einem 1-Euro-Job tätig. Auch hier hat sich die Lüge von der Jobmaschine, also dem Überwechseln vom 1-Euro-Job in ein normales Arbeitsverhältnis längst entlarvt: nur rund 15% der 1-Euro-Jobber wechselten in einen normalen Job. Der Rest fand sich danach wieder da, wo er vor und während der 1-Euro-Maloché war, nämlich in der Arbeitslosigkeit.

Und zum Verdienst ist festzustellen: Rund 6,5 Millionen, das sind 22% aller Arbeiter und Angestellten arbeiten für Niedriglöhne, also für weniger als 2/3 eines Durchschnittlohnes. D. h. sie bekommen

im Westen weniger als 6,86 Euro und im Osten weniger als 4,86 Euro die Stunde. Damit liegt Deutschland gemeinsam mit Großbritannien EU-weit an der Spitze. Zuletzt noch eine Zahl: 40% aller Praktikanten erhalten überhaupt kein Geld.

Das ist der Fortschritt, wie ihn die Arbeiterklasse täglich deutlicher zu spüren bekommt. Wir brauchen eine starke Gegenwehr. Die DKP und die in ihr organisierten Kommunisten versuchen ihren Anteil zu leisten, über neue Mitstreiter freuen wir uns.

K.S.



# Arbeitslos nicht wehrlos!

Insgesamt 84 „TeilnehmerInnen an Arbeitsgelegenheiten“ auf 28 Plätzen, sprich 1-E-Jobs, vermeldete die Wetzlarer Arbeitsloseninitiative WALI für das vergangene Jahr. Eine hohe Zahl, von der die Gießener Ali noch weit entfernt ist.

Aber sie holt auf. Während die bisherige und inzwischen gekündigte Leite-

das knallharte erniedrigende Instrument gegen Arbeitslose, die Zwangsarbeit, anwendet?

Denn nichts anderes sind die 1-E-Jobs, auch wenn es Hartz-IV-Empfänger gibt, die sie akzeptieren.

Vorrangige Aufgabe sollte doch sein, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, statt zu resignieren und sich darin

einzurichten. D.h. für solche Maßnahmen zu kämpfen, die Arbeitsplätze schaffen: für eine Stärkung der Massenkaukraft, für kürzere Arbeitszeiten, für öffentliche Investitionen. Dabei ist man dann allerdings auch schnell bei der Frage, warum im diesem System genau das Gegenteil davon gemacht wird. „Arbeitslos nicht



Aktionen der Ali gegen Arbeitslosigkeit gehörten früher dazu

rin der Ali (s. Echo 3/08) nur in Einzelfällen und auf eigenen Wunsch „Arbeitsgelegenheiten“ vergeben hat, gibt es inzwischen vermehrt 1-E-Jobs. Sogar zwei Vorstandsmitglieder lassen ihre Funktion ruhen, um einem 1-E-Job nachzugehen.

Laut Satzung ist es Aufgabe der gemeinnützigen Ali „Solidarität unter den Arbeitslosen zu erzeugen“. Wie kann das geschehen, wenn die Ali selbst

wehrlos“ waren früher Parolen von Arbeitsloseninitiativen und: „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“.

Heute werden Wali und Ali von den beiden Kirchen dominiert, die das Heil nach dem Tod versprechen. Also beten statt kämpfen?

Am Buß- und Betttag 2007 lud denn auch die Wali zum Gottesdienst in die Hospitalkirche ein unter dem Motto „Leben mit wenig Geld“. E.B.

## Rentenerhöhung?

Als großzügiges Geschenk der Regierung sollen die Renten um 1,1% erhöht werden. Hier von einer „Erhöhung“ zu sprechen, ist lächerlich. Der größte Teil wird gleich wieder von steigenden Beiträgen zur Pflege- und Krankenversicherung verbraucht; von einem Ausgleich der Preissteigerung kann keine Rede sein. Angeblich waren diese minimalen 1,1% nur möglich, weil bei der Rentenformel ein sog. Riester-Faktor für zwei Jahre ausgesetzt wurde. Die jungen Abgeordneten von CDU und FDP, vom Sozialneid auf die Rentner zerfressen, liefen sogleich gegen diese „Bevorzugung der Alten“ Sturm.

Hier wird deutlich: die Renten werden nach einer Formel berechnet, bei der die Rentenhöhe deutlich hinter den Lohnerhöhungen zurückbleibt – wobei die Löhne schon seit Jahren den Preissteigerungen hinterherhinken. Eine solche Rentenformel führt zu massenhafter Altersarmut. Politiker und Parteien, die dafür verantwortlich sind, müssen bekämpft werden. G.L.

## 400 tote Flüchtlinge

Seit 1993 kamen etwa 400 Flüchtlinge durch staatliche Maßnahmen der BRD ums Leben, durch rassistische Übergriffe und Brände in Asylbewerberheimen starben 81 Menschen, 174 Flüchtlinge kamen auf dem Weg in die BRD oder an den Grenzen ums Leben, 149 töteten sich angesichts drohenden Abschiebung oder beim Fluchtversuch. (Zahlen aus der neuen Dokumentation „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre Folgen“ der Antirassistischen Initiative Berlin.

Probeexemplare:

UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,  
45127 Essen, tel 0201-2486482,

E-mail: UZAbo@t-online.de

www.unsere-zeit.de

**UZ unsere zeit**  
Sozialistische Wochenzeitung

**Woche für Woche  
Antikriegszeitung**



## Vertriebene – täglich neu

Nachdem in Polen endlich eine deutschfreundliche Regierung gewählt wurde, kann das seit langem von den Vertriebenenverbänden geforderte „Zentrum gegen Vertreibung“ in Berlin eingerichtet werden. Dort sollen die aus den Ostgebieten geflohenen oder (wie im Potsdamer Abkommen festgelegt) ausgesiedelten Deutschen als die bedauernswertesten Opfern des 2. Weltkrieges dargestellt werden.

Angebracht wäre in diesem Zentrum eine Abteilung für die Menschen, die jetzt Tag für Tag aus Deutschland vertrieben werden. Jeden Tag werden Kinder und Jugendliche außer Landes gebracht, weil ihre Eltern hierher geflohen waren, aber nicht als asylberechtigt anerkannt wurden. Viele sind seit Jahren hier oder sogar hier geboren. Hier gingen sie zur Schule, sie sprechen nur die deutsche Sprache, hier haben sie ihre Freunde und Freundinnen, Deutschland ist für sie das Heimatland.

Frau Steinbach (Vorsitzende des Verbandes der Vertriebenen), die als Kind eines deutschen Besatzungssoldaten in Polen geboren wurde, gilt als Heimatvertriebene. Mit viel mehr Recht können dann diese Kinder und Jugendlichen, die aus ethnischen Gründen aus Deutschland ausgewiesen oder abgeschoben werden, als Vertriebene bezeichnet werden. Gernot Linhart.



# Spiel' nicht mit den Schmuttelkindern oder Umgang mit Linken

Die Bild-Zeitung gibt Geschichtsunterricht mit politischer Nutzenanwendung für heute. Die Weimarer Republik ging danach zugrunde, weil die Menschen das Vertrauen in die „Zuverlässigkeit der amtierenden Politiker“ verloren hatten. Das Misstrauen sei heute „fast so stark wie im Herbst 1932“. Woher nun der Vertrauensverlust? Durch Zusammenarbeit der Führung der Sozialdemokratie damals mit der KPD, heute in Bundesländern mit der Linken. Donnerwetter! Das hätte man so nicht erwartet.

Der Kommentar in „Bild“ stammt von Ernst Cramer, über 90 Jahre alt, von den Nazis in Buchenwald inhaftiert, heute seit langem dem Hause Springer fest verbunden und daher gern geladener Festredner in Bundestag und Landesparlamenten. Bei seiner Lebenserfahrung müsste er es, weiß Gott, besser wissen. Die Nazi-Partei wurde von Reichspräsident von Hindenburg an die Regierung berufen, weil sie immer stärker von einem immer gewichtigeren Teil des Finanz- und Industriekapitals, von Reichswehr

und Justiz gefördert wurde. Mit sozialer Demagogie und chauvinistischer Hetze konnte sie große Teile des Volkes irreführen und rechte Parteien (DNVP, DVP, rechtes Zentrum) als Verbündete gewinnen. Demokratische Kräfte in bürgerlichen Parteien zeigten sich zum Widerstand unfähig. (Der spätere Bundespräsident Th. Heuss etwa stimmte 1933 im Reichstag Hitlers Ermächtigungsgesetz zu.) Die Sozialdemokratie hatte sich einseitig mit der Politik der bürgerlichen Parteien verbunden. Gegen den aufkommenden Faschismus vertraute sie der Verfassung, dem Zentrum, der katholischen Kirche, den Deutschnationalen, der Reichswehr, dem Reichspräsidenten. (So nachzulesen in den Memoiren des späteren bayrischen SPD-Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner: „Flucht vor Hitler.“) Der preußische SPD-Ministerpräsident Otto Braun hatte bei der Reichspräsidentenwahl 1932 die Parole ausgegeben: „Wählt Hindenburg und Ihr

schlagt Hitler.“ Ernst Thälmann und die KPD erklärten: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“ Auf die Einheitsfront der Arbeitenden und den Generalstreik zur Abwehr des Faschismus vertraute die SPD-Führung nicht. Die Republik ging den Todesweg. Nicht nur „Bild“ möchte heute die Sozialdemokraten in die babylonische Gefangenschaft der CDU und die Selbstblockade treiben. Die SPD könnte aber auch versuchen, mit linker Mehrheit linke Politik durchzusetzen.

Klaus Mewes



## Die drei Gewalten

Der Staat will deinen Schaden nur.  
Er möge säuseln oder toben,  
Er bleibt der Gegner von Natur.  
Der Feind steht oben.

Regierung, Parlament,  
Justiz, die drei Gewalten.  
Sind, was man Diebstahl nennt.  
In drei Gestalten.

Peter Hacks

Am 21. März wäre Peter Hacks 80 Jahre alt geworden.

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 €. Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Eigendruck.

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>

<http://www.dkp-hessen.de>

Redaktionsschluß: 24. April

## Vergessene Gefangene

Nahezu unbemerkt von der Weltöffentlichkeit gibt es im Irak eine Gruppe politischer Häftlinge, denen es unter der US-Beatzung genauso schlecht ergeht wie unter Saddam Hussein. Es sind Iraner, die einst als Volksmudschahedin aus dem Iran fliehen mußten. Saddam konnte sie gut gebrauchen, als er seinen von den USA unterstützten Krieg gegen den Iran anging. Etwa 200 dieser Iraner aber wollten den Krieg gegen ihr Land nicht mitmachen und verließen die Organisation. Sie wurden sofort eingesperrt. Nach dem Einmarsch der US-Truppen wurden sie nicht etwa befreit, sondern weiter in Lagern gefangen gehalten und sogar gefoltert. - Internationale Organisationen wie Rotes Kreuz und Amnesty International nehmen von diesen Gefangenen bisher keine Notiz.

## Leserbriefe

### CDU-Yuppies kontra Rentner

„Für mich ist die Grenze dessen erreicht, was ich mir und meiner Generation zumuten will“, tönt dummdreist CDU-Yuppie Spahn (MdB). Er polemisiert gegen die Mogelpackung, die Renten um 1,1% zu „erhöhen“. 11 Euro monatlich für Rentnerinnen und Rentner! Wäre da nicht die Inflationsrate von ca. 3%, die Erhöhung der Abzüge wegen der Pflegeversicherung und andere Kürzungen.

Es gibt also keine Rentnererhöhung, sondern eine reale Reduzierung – in den letzten Jahren wie auch in diesem Jahr! Der CDU-Youngster verrät uns gar, auch jüngere Familien seien von der Inflation betroffen. Stimmt sogar! Wäre er nur konsequent, müßte er sich an die Seite

der Kolleginnen und Kollegen stellen, die aktuell für Lohnerhöhungen, Frieden und Abrüstung kämpfen! Aber seine Logik ist nicht nur Klassen- sondern Generationenkampf. Die Probleme der Kinder spielen bei ihm gar keine Rolle! Sie sind aber die „Bausteine einer solidarischen Gesellschaft“ (Che Guevara).

Falk Moldenhauer

### Zig-Tausende bei Ostermärschen

In mehr als einem Dutzend Städten fanden mit Demonstrationen die Ostermärsche 2008 für Friede, Abrüstung und Gerechtigkeit statt. Ungeachtet des kalten Wetters und Grippeerkrankungen haben sich diesmal mehr Menschen an Protesten beteiligt als im Vorjahr. Leider fanden diese Aktionen bundesweit kaum Resonanz in der Presse.

Uwe Moldenhauer

# Tibet - zurück zu Gottesstaat und Leibeigenschaft?

Es ist schon erstaunlich, wie unterschiedlich ähnliche Ereignisse von den hiesigen Massenmedien wahrgenommen werden. Steinewerfende Demonstranten und brennende Autos: In den Vorstädten von Paris: schlecht. In Mitrovica: ganz schlecht. In Tibet: prima, mehr davon. Selbst brennende Gebäude und Hetzjagden auf Nicht-Tibeter werden gern gesehen, polizeiliche Gewalt dagegen darf auf gar keinen Fall sein.

Tibet gehört seit Jahrhunderten zum Chinesischen Reich. Allerdings wurde die Zentralgewalt während dieser langen Zeit unterschiedlich stark ausgeübt, in den Wirren nach dem Untergang des Kaiserreichs besonders schwach. In dieser Zeit versuchten Großbritannien und die USA, das

Gebiet unter ihre Kontrolle zu bringen. Erst nach der Volksrevolution konnte 1950 auch Tibet befreit werden. Von

Befreiung konnte da wirklich die Rede sein. Die Bevölkerung bestand aus 5% Sklaven und 90% Leibeigenen, die von 5% Priestern, Mönchen und Adligen beherrscht wurden. In den ersten Jahren änderte sich allerdings wenig; das Gebiet genoß weitgehende Autonomie, und die herrschende klerikale Schicht setzte Reformen der Volksrepublik in ihrem Gebiet nicht um. 1959 sahen Mönche und Priester aber eine Mög-

**RTL und n-tv mußten sich Ende März bei der chinesischen Regierung entschuldigen. Sie hatten ihre Berichterstattung über Tibet manipuliert; gezeigt wurden Bilder, die in Nepal entstanden waren und nicht – wie behauptet – in Tibet. Hauptsache brutal. Durch Chinas Intervention flog die Lüge zwar auf, an der Desinformationskampagne wird sich aber nichts ändern.**

lichkeit, mit Unterstützung des CIA wieder die ganze Macht zu bekommen. Sie zettelten einen Aufstand gegen die Zentralmacht an, der aber kläglich zusammenbrach. Der damals 23jährige Dalai Lama floh mit Hilfe des CIA nach Indien und dient seitdem als Speerspitze des Westens gegen die

Volksrepublik China. Mit seiner Propaganda kommt er in den Industrieländern gut an. Er spricht vom kultu-

rellen Völkermord und meint damit alles, was den Einfluß der Priester und Mönche auf die Menschen Tibets verringert: Schulbildung für alle, Krankenversorgung, moderne Gebäude, Straßen, Eisenbah-

nen, Industrialisierung. Ein selbständiges Tibet wäre eine Theokratie, ein ganzes Land als mittelalterliches Religionsmuseum.

Der Lama-Buddhismus ist keineswegs eine sanfte Religion, für die sie von hiesigen Anhängern, die auf das Dauerlächeln des Dalai Lama hereingefallen sind, gehalten wird. An Dogmatismus steht sie der katholischen Kirche nicht nach und gegen Abweichler gehen die religiösen Führer genauso rigoros vor wie die Inquisition.

Es soll nicht behauptet werden, daß die VR China in Tibet alles richtig macht. Reformen können nur erfolgreich sein, wenn sie auch die Herzen und Köpfe der betroffenen Menschen erreichen. Das aber ist Sache der dortigen Völker – die westlichen Politiker, die sich dort einmischen wollen, haben ganz andere Ziele als das Wohl der Menschen in Tibet. Gernot Linhart



## Buchempfehlung: Wo bitte geht's zu Gott? fragte das kleine Ferkel

Das kleine Ferkel und seine Freunde wären durchaus ohne diese Frage im Leben zurecht gekommen. Aber Glaube, Aberglaube und Mysterien gehören nun mal zu dieser Welt seit Alters her. Sie lesen auf einem Plakat: „*Wer Gott nicht kennt, dem fehlt etwas!*“ So machen sich das Ferkel und sein Freund, der Igel auf die Suche nach Gott. Unterwegs fragen sie die Gans, den Hasen, den Maulwurf und den Fuchs nach dem Weg.

Sie treffen einen Mann mit einem lustigen Hut und langen, schwarzen Locken: einen Rabbi.

Dann treffen sie einen wohlgenährten Mann mit einem lustigen lila Käppchen: einen Bischof.

Und zum Schluss sehen sie vor einer Moschee einen Mann mit Vollbart,

der sich ein Tuch über den Kopf gezogen hatte: einen Mufti.

Ferkel und Igel sind nicht begeistert von all den Gesetzen, Regeln und Drohungen mit Hölle und ewiger Verdammnis. Wer nichts von Sünde und Schuld gehört hat und trotzdem anständig lebt, braucht auch keinen Erlöser. So kommen sie zu der Erkenntnis und plakatieren sie wie einst Martin Luther seine Thesen: „*Wer Gott kennt, dem fehlt etwas.*“

Da könnte der Apostel Paulus helfen, der feststellte: wer nie von Gott gehört und anständig gelebt hat, kann in den Himmel kommen.

Dieses sehr schöne Kinderbuch mit den kindgemäßen Fragen regt zu eigenen Fragen an. Hinterfragt werden soll jedoch nicht in unserer Gesell-

schaftsordnung. Weder Gott noch wieso es Reiche und Arme gibt.

Konsequent sollte es auf Antrag des Bundesfamilienministeriums auf den Index, also der Verkauf verboten werden. Ein echter Gag war dann der hilflose Versuch eines Kirchenmannes, der das Buch antisemitisch nannte und damit ein Verbot erhoffte. Beides scheiterte.

Auf dem Umschlag des mit originellen Zeichnungen versehenen Buches ist zu lesen: „*Ein Heidenspaß für Groß und Klein! Ein Buch für alle, die sich nichts vormachen lassen...*“

Mit Genuss gelesen:

Michael Beltz

**Schmidt-Salomon/Nyncke** Wo bitte gehts zu Gott, Alibri-Vlg, 2007, 12 E.

# 1. Mai in Gießen

## Am Vorabend: Party am und im Gewerkschaftshaus

ab 19:30 Uhr Kultur auf der Kleinkunstbühne:

**Erich Schaffner** mit **Georg Klemp** am Klavier „Leitfaden für angehende Milliardäre“, Live Musik mit „**Hörfunk**“. Speisen u. Getränke: **Café Amelie**  
21:30 **Filmvorführung** im Dachsaal: Das Schweigen der Quandts • Working Man's Death • The Navigators

## 1. Mai-Demonstration

Treffpunkt: 11:30 Uhr Brandplatz (Marburger Str., Nordviertel). In der Schanzenstraße findet vor dem alten Gewerkschaftshaus eine Gedenkminute statt, um an die Besetzung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933 durch die Nazis zu erinnern.

### ab 13 Uhr: Maikundgebung auf dem Kirchenplatz

Begrüßung: **Ernst Richter**, Vorsitzender des DGB Mittelhessen  
Mairedner: **Armin Schild**, Bezirksleiter des IG Metall-Bezirks Frankfurt.  
Maifest mit zahlreichen Info-Ständen, Speisen, Getränken sowie Spielangeboten für Kinder. Es treten auf u.a.: **Schimpf und Schande** aus Gotha

Die Gießener Montagsdemonstranten gegen Hartz IV treffen sich am 1. Mai wieder zur Vor-Demo um 11 Uhr bei den Schwätzern im Seltersweg.



Wir bitten unsere Leserinnen und Leser (sofern noch nicht geschehen) um **Überweisung der Abo-Gebühren**

**Gießener Echo**  
**Konto Nr. 193070,**  
**BLZ 51350025**  
**Sparkassen Gießen**

Wir bitten darüber hinaus um **Spenden**, damit wir das Echo weiterhin in hoher Auflage verteilen können.

Es dankt sehr herzlich  
die Echo-Redaktion

Herzlichen Glückwunsch unserem Freund

## Heinz Joachim Nagel

zum 85. Geburtstag am 7. April

Vielen Menschen nicht nur aus der Friedensbewegung ist Heinz aus den 50er Jahren bekannt als engagierter Gießener Bürger im „Kampf dem Atomtod“, in der „Kampagne für Frieden und Abrüstung“ und beim Ostermarsch, an dem er auch in diesem Jahr mit seiner Frau in Frankfurt teilnahm.

In Gießen unterstützte er die Kriegsdienstverweigerer (IDK), Anfang der 60er war er Landesvorsitzender der DFU, Sprecher des Komitees gegen die Berufsverbote und Kandidat der Friedensliste.

Während viele andere die Fahne eingezogen haben, tritt Heinz mit seinen fundierten Kenntnissen über Krieg und seine Ursachen noch heute auf. Er ist sich und dem Kampf um Frieden und Abrüstung treu geblieben.

Alles Gute wünscht Dir die Gießener DKP

## Fahrt nach Buchenwald

Am Sonntag, dem 13. April, fährt ein Bus nach Buchenwald zu den Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestages der Selbstbefreiung des KZ.

**Fahrtkosten:** 15 E, erm. 10 E

**Abfahrt:** 7.15 Uhr, Bahnhofsvorplatz in Gießen.

**Anmeldung bis zum 8.4. bei:** DGB Region Mittelhessen, Ulf Immelt, Tel.: 06421/23060, 0160-8837651 oder bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten giessen@vvvn-bda.de

Jeden Montag von 18 bis 19 Uhr im Seltersweg bei den drei Schwätzern

## Protest gegen Hartz IV

## Wetzlar: Lesung mit Reiner Kotulla

aus seinen Romanen „Das Gitter“ und „Mariana“

am Donnerstag, dem 17. April, um 20 Uhr im Harlekin

Eine Veranstaltung der DKP und Partei die Linke

## Stolpersteine in Gießen

**Dienstag, 22. April, 19.30 Uhr, Netanya Saal, Altes Schloss:**

Vorstellung der jüdischen Bürger, für die in Gießen Stolpersteine verlegt werden

**Samstag, 26. April, nachmittags:**

Verlegung der ersten Stolpersteine in Gießen: Keßlerstr. 18, Ricarda-Huch-Schule, Schillerstr. 17, Marktplatz 6 und 11, Neuen Bäume 23

## Auch bei uns wurde Post geklaut

29.000 Postsendungen waren in Gießen von 1993 bis 2007 von einer Briefträgerin unterschlagen worden. Auch wir waren davon betroffen und erhielten jetzt etwa ein Dutzend Sendungen, darunter: 2 Beitrittserklärungen (das war inzwischen geklärt), 3 Formulare mit Unterstützungsunterschriften aus Berlin zur EU-Wahl 2004 (Danke, Iris), 1 Beileidsschreiben zum Tod von Matthias Beltz (Danke, Gaby), 1 Abrechnung mit Ostergrüßen 2003 sowie mehrere Fotos von Gedenkstätten und Demonstrationen ab 2002 (Danke, Kurt). Die meisten der Sendungen wurden in den letzten Jahren unterschlagen. Vor der Privatisierung (1995) - so meinen Kunden und Post-Beschäftigte - wäre das in diesem Ausmaß nicht möglich gewesen. Man kannte "seine" meist langjährigen Zusteller persönlich, es herrschte nicht diese Arbeitshetze wie heute, und auch die Kontrollen waren gründlicher.